

Michael Bouvard – Co-Präsident
Am Kreuzliberg 1 · 5400 Baden
056 221 08 57 · 079 262 83 17
michael.bouvard@a-m-v.ch
www.a-m-v.ch

DEPARTEMENT
BILDUNG, KULTUR UND SPORT
Vorsteher
Alex Hürzeler, Regierungsrat
Bachstrasse 15
5001 Aarau

Baden, 19. Juli 2016

Anhörung zu Massnahmen der Personalgesetzgebung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Wir anerkennen ein weiteres Mal die schwierige Situation des kantonalen Finanzhaushaltes. Gleichwohl lehnen wir die vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen im Personalbereich als weitere fundamentale Verschlechterung der Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen (und Verwaltungsangestellte) ab. Es ist unseres Erachtens nicht nachvollziehbar, dass von den veranschlagten 150¹ bis 220 Mio. Franken Einsparungen etwa 50 Mio. oder rund 23 bis 30 % von den kantonalen Arbeitnehmenden getragen werden sollen. Wir vermissen die im Anhörungsbericht erwähnte *gute Verhältnismässigkeit* zwischen den Massnahmen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite und die damit verbundene solidarische Abfederung der finanziellen Durststrecke auf den Schultern aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons. Die in Betracht gezogene Steuererhöhung von 1% wird der anstehenden Debatte – bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen im Grossen Rat – kaum standhalten und hätte unserer Meinung nach bereits aus strategischen Gründen höher angesetzt werden müssen.

Was die Erhöhung der Pflichtpensen bei Lehrpersonen an kantonalen Schulen (ohne Mittelschulen) und nichtkantonalen Berufsschulen betrifft, verurteilen wir die Taktik des Regierungsrates, die Lektionenerhöhungen für verschiedene Lehrpersonenkategorien zeitlich gestaffelt durchzuführen. Damit wurde eine allzu grosse Gegenwehr verhindert.

Welche Auswirkungen eine Pensenerhöhung auf die Unterrichts- und Lehrqualität an den betreffenden Schulen bedeuten, müssen wir an dieser Stelle nicht näher erläutern. Schliesslich haben wir dies letztes Jahr bereits für die Mittelschullehrpersonen eingehend getan. Leider wurden unsere Argumente weder gewürdigt noch ernst genommen. Die Pflichtlektionenerhöhung ist jedenfalls ab Schuljahr 2016/17 an den Mittelschulen Realität. Eine koordinierte, sichtbare, lehrpersonenzentrierte Umsetzung ohne Jahresarbeitszeiterhöhung dagegen – wie in den Anhörungsunterlagen angekündigt – ist nicht in Sicht. Auch an den restlichen kantonalen Schulen bzw. nichtkantonalen Berufsschulen werden letztlich die Lehrpersonen die einschneidende Ressourcenentnahme durch ihr Berufsethos kompensieren müssen. Damit kommt eine weitere finanzpolitische Mogelpackung zu Lasten einer Lehrpersonenkategorie vor den Grossen Rat.

Eine Streichung der Dienstaltersgeschenke entspricht im langfristigen Durchschnitt einer Dienstkarriere einer generellen Lohnsenkung von rund 1%. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dem Kanton Aargau trotz immer schlechter werdenden Anstellungsbe-

¹ Im Brief vom 29. Juni ist im Übrigen von einem Sanierungsmassnahmenumfang von 130 bis 220 Mio. die Rede. In Anbetracht des um 20 Mio. (!) kleineren Sparminimum wäre es also im besten Fall möglich, dass die Hälfte der vorgeschlagenen Massnahmen gar nicht notwendig wäre. Ein befremdendes Gedankenspiel.

² Wobei das Wort *Nullrunde* im Aargau ja bekanntermassen eine eiskalte Lüge ist: Durch die einbehaltenen Mutationsgewinne sinkt die Lohnsumme.

³ Es zählt letztlich ja die Fläche unter der Lohnkurve und nicht der immer wieder proklamierte solide Anfangs- und Endlohn.

dingungen die Treue gehalten haben, wird mit dieser Massnahme in den Rücken gefallen. In Aussicht gestellte Versprechungen werden dadurch nicht eingehalten. Diese unsensible Regeländerung im laufenden Spiel erachten wir als äusserst ungeschickt (insbesondere auch wegen der Burnout-prophylaktischen Wirkung der energiespendenden Auszeiten). Die Aufhebung der Dienstaltergeschenke nehmen wir als sozialpartnerschaftlichen Vertrauensbruch wahr. Sie gefährdet die Loyalität der Arbeitnehmenden.

Die Reduktion des Lohnnachgenusses von bisher 6 Monaten auf das gesetzliche Minimum bringt sage und schreibe CHF 0.0002 Mrd. Einsparungen pro Jahr. Ein in Anbetracht des kantonalen Gesamtbudgets von CHF 5.2 Mrd. äusserst lächerlicher Betrag. Das Signal an die Angestellten ist ungleich stärker: Dann, wenn das Schicksal zuschlägt und die Not am grössten ist, wird man vom Arbeitgeber im Stich gelassen. Eine weitere eigenartiges Facette des Menschenbildes, welches der Kanton mit den angekündigten Massnahmen zeichnet.

Die angepeilte «Lohnnullrunde»² und die nicht gewährten Stufenanstiege der letzten vier Jahre summieren sich zu einem Lebenslohnverlust³ von rund einer Viertelmillion Franken neben immer mehr Belastungen und immer schlechteren Anstellungsbedingungen. Im Vergleich zu 2012 verdienen Aargauer Mittelschullehrpersonen heute pro geleistete Lektion im Durchschnitt mehr als 10% weniger. Es dürfte klar sein, dass unter den aktuellen Bedingungen und Entwicklungen die besten Fachleute und Fachlehrpersonen – sobald sich die Gelegenheit bietet – den Kanton verlassen oder sogar die Branche wechseln. Bereits jetzt ist es in einigen Fachbereichen schwierig, qualifizierte und motivierte Lehrpersonen zu finden.

Ein Ende der Bildungs- und Anstellungsqualitätsdemontage ist jedenfalls nicht ins Sicht. Wir hoffen diesbezüglich baldmöglichst auf positive Signale und einen grundsätzlichen Wertewandel in der Personalpolitik und im bildungspolitischen Diskurs.

Mit freundlichen Grüssen



Michael Bouvard und Michael Laufer, AMV. Co-Präsidenten